



UNVERKEHRT.DE

Politik und mehr aus Kalletal und Lippe



Einstimmung auf neue Planungen der Gemeinde Kalletal

Windenergie-Anlagen auf dem Land sollen wachsen

Dambruch steht unmittelbar bevor, siehe hierzu Vorlage 24/2020, Sitzung Ausschuss für Planen und Bauen am 03.03.2020

Perfide Vorschläge der Politik

Der Ausbau der Windräder an Land ist ins Stocken geraten. Die Parteien und einige nicht betroffene Bürger machen dafür angeblich renitente betroffene "Dörfler" verantwortlich, weil diese nicht bereit sind für die Gemeinschaft alle Nachteile hinzunehmen und ihre Rechte in vielen Fällen erfolgreich vor den Gerichten erstreiten.

Das will die Politik nun ändern. Hier die unterschiedlichen Modelle:

CDU

Der Vorschlag des zuständigen Ministers in Berlin bezüglich der tausend Meter Abstandsregelung zwischen Siedlungen von Wohngebäuden und Windrädern hatte immerhin noch irgendwas mit „Sachzusammenhang“ zu tun. *(siehe unten: Alte und neue Windmühlen)* Auf jeden Fall möchte die Kanzlerin die Dorfbewohner belohnen, die die Gesamtlast durch Windräder für die Bevölkerung in ganz Deutschland auf sich nehmen. Diese Vorschläge stießen bisher weder bei der Windkraftlobby noch bei SPD und Grünen auf Zustimmung, obwohl der Stromverbraucher das bezahlen soll.

SPD

Im Vergleich zu den Vorschlägen der CDU forderte die SPD kürzlich drastische Maßnahmen. Bei den SPD-Vorschlägen geht es weder um die Gesundheit noch um den Schutz des Eigentums der Mitbürger in ländlichen Regionen. Es geht ausschließlich darum, wie man die Betroffenen ködern oder kaufen kann. Ein staatliches Windbürgergeld für betroffene Anlieger gegen Verzicht auf Klagerechte, das ist schon perfide. Solche Vorschläge führen u.E. nicht unbedingt zur Vertrauensbildung gegenüber den Entscheidungsträgern und fördern nicht das friedvolle Zusammenleben in der Nachbarschaft und zwischen Stadt und Land. Das schlimmste an diesen Vorschlägen ist, **dass die SPD die „Dörfler“ scheinbar für leicht käuflich hält**. Die Grünen haben diesen Vorschlag unterstützt.

B' 90/Die Grünen

Die Bundes-Grünen schlagen nun eine Abgabe von Windradbetreibern an die Kommunen vor. Das scheint uns noch perfider als die bisherigen Vorschläge der SPD. **Die Grünen wollen eine „Außenbereichsabgabe“**. Die Gemeinden sollen mindestens 10.000 Euro pro Jahr für jede Anlage über die gesamte Lebensdauer erhalten. Diese Einnahmen sollen auch im kommunalen Finanzausgleich nicht berücksichtigt werden. Die Gemeinden können damit machen, was sie wollen. Damit sollen scheinbar besonders „klamme Gemeinden“ geködert werden. Das soll natürlich nur für neue Anlagen gelten.

Die Gemeinden haben die Planungshoheit. Sie können die notwendigen Flächen ausweisen. Grundstückseigentümer erzielen hohe Pachten, die betroffenen Anlieger gehen vermutlich leer aus.

Auswirkungen auf Flächenausweisungen in Kalletal:

Aufgrund der neusten Rechtsprechung zum Flächennutzungsplan scheint der Verwaltungsspitze eine Überarbeitung der Ausweisung von Vorrangflächen für Windkraft unumgänglich. ([unverkehrt.de](#) hat darüber ausführlich berichtet, s. u.: [Gerichtsverhandlung 11.12.2019](#))

Das werden Verwaltung und Rat sicher zur Ausweisung von weiteren Flächen zu nutzen wissen – die ganzen Spielchen um Befangenheit und Eigeninteressen sind uns ja leider nur zu gut bekannt. Selbst das VG Minden ist darauf noch einmal eingegangen.

Die angebliche Umweltpartei war auch in Kalletal schon immer für mehr Windräder und damit auch für geringe Abstände zu Wohnhäusern. Grundstückseigentümer im Rat wollten natürlich auch schon immer mehr Vorrangflächen für Windkraft. Die derzeitige Verwaltungsspitze ist diesen Wünschen gegenüber sicher auch aufgeschlossen.



Die damalige Zustimmung auch der Grünen zu elf Anlagen außerhalb von Vorrangzonen hat schon jetzt bei den Betroffenen zu großen Schäden geführt.

Sollte sich der Vorschlag der Grünen durchsetzen, werden sich Rat und Verwaltung mit dem Blick auf sichere Einnahmen (was aus Erfahrung der letzten Jahre anzunehmen ist) mit weiteren Flächenausweisungen nicht schwertun. Das aber führt zu weiteren Anlagen nah an Wohnsiedlungen.

Gut beraten sind dann die, die von betroffenen Standorten frühzeitig Kenntnis erhalten und noch schadlos veräußern können. Ob die Vertreter der Grünen sich dann wohl für solche Immobilien interessieren? Vermutlich nicht.

Ein zeitiger Umzug ist dann auch für die Gesundheit gut. In Kurparknähe und an den Salinen ist der Bau von Windrädern jedenfalls eher nicht zu befürchten und schon vorhandene Schäden können dort reduziert werden.

Demnächst können Sie auf unverkehrt.de mehr zu diesem Thema lesen. Insbesondere dazu, dass die Gemeinde nun auch noch fast 200.000 Euro für die zukünftige „Verspargelung“ der gesamten Gemeinde ausgeben soll. Die Beschlüsse sollen am 03.03.2020 gefasst werden. (HB23022020)